

2013-11-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.09.2013

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Trocha, Harald

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion der FDP

Dammann, Karin unentschuldigt

Ausländerbeauftragter

Ibanez Vaca, Harold

Verwaltung

Raschpichler, Gerd Dr.

Gernoth, Sylvia unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde durch **Frau Griebisch** eröffnet. Sie stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit durch fünf anwesende Stadträte fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Frau Griebisch stellte den Antrag, die Tagesordnung um den Punkt 2.1. „Wahl eines ständigen Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden“ zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: 5/0/0

2.1 Wahl eines ständigen Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden

Frau Griebisch nannte **Herrn Puttkammer** als Vorschlag und bat die übrigen Ausschussmitglieder weitere Vorschläge abzugeben. Dies war nicht der Fall, somit stand nur **Herr Puttkammer** zur Wahl.

Abstimmungsergebnis: 4/0/1

Herr Puttkammer übernahm im Anschluss die Leitung der Sitzung.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 02.04.2013 und vom 03.07.2013

Herr Busch nahm ab Tagesordnungspunkt 3 an der Sitzung teil.

Frau Heinrich bat um Korrektur der Niederschrift vom 02.04.2013 im TOP 4 (Nichtöffentliche Anfragen und Informationen). Ihre Aussage bzgl. der Liga der Wohlfahrtsverbände wurde nicht korrekt wiedergegeben. Die Liga der Wohlfahrtsverbände gebe es nach wie vor, lediglich die enge Zusammenarbeit habe immer mehr abgenommen.

Herr Puttkammer gab die Niederschrift vom 02.04.2013 unter Beachtung der Änderung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 4/0/2

Zur Niederschrift vom 03.07.2013 gab es keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: 4/0/2

4 **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 03.07.2013 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 **Öffentliche Anfragen und Informationen**

Frau Andrich erkundigte sich nach dem Sachstand bzgl. der Veröffentlichung der Sprechzeiten der Behindertenbeauftragten **Frau Engelmann** im Amtsblatt und in der Tagespresse. **Frau Engelmann** gab an, dass die Sprechzeiten im Amtsblatt veröffentlicht wurden, allerdings sei ein Fehler bei den Telefonnummern unterlaufen. Eine Veröffentlichung in der Tagespresse funktioniere nicht. **Frau Paesold** erläuterte, dass die Informationen über die Sprechzeiten an die Tagespresse geht, allerdings kein Einfluss seitens der Verwaltung bzgl. der Veröffentlichung besteht. **Herr Puttkammer** bat die Tagespresse nochmal gezielt auf eine Veröffentlichung hinzuweisen.

Frau Paesold informierte über die aktuellen Antragszahlen zum Betreuungsgeld. Sie gab an, dass momentan vier Anträge im Amt für Soziales und Integration eingereicht wurden. Diese beziehen sich alle auf das Jahr 2014, also auf die Zeit nach der Elternzeit. Alle Anträge befinden sich in der Bearbeitung und die Antragsteller werden über das Verfahren benachrichtigt. Eine Bewilligung kann zu diesem frühen Zeitpunkt jedoch noch nicht erfolgen.

Des Weiteren führte **Frau Paesold** aus, dass ab 1. Oktober 2013 eine weitere Frühförderstelle in der Stadt Dessau-Roßlau eröffnet werde, Träger ist die St. Johannis GmbH.

Mit Bezug auf die letzte Sitzung des Ausschusses erläuterte **Frau Paesold**, dass überprüft wurde ob es eine Verallgemeinerung für die Leistungen der gemeinschaftlichen Mittagessenversorgung geben kann. Dies sei aufgrund gesetzlicher Grundlagen ausgeschlossen. Die formelle Voraussetzung für Leistungen der gemeinschaftlichen Mittagessenversorgung sei ein Leistungsanspruch auf Bildung und Teilhabe. Allerdings wird überprüft, ob eine Pauschalisierung für diejenigen möglich ist, die bereits das Mittagessen in Anspruch nehmen.

Anschließend informierte **Frau Paesold** darüber, dass Herr **Dreibrodt** sie um die Ausreichung von Unterlagen mit dem Titel „Information zum aktuellen Stand der Planung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 - Biogasanlage“ gebeten habe. Die Unterlagen wurden an die Mitglieder des Ausschusses verteilt. Sie wies darauf hin, dass es sich nicht um einen Tagesordnungspunkt des Ausschusses handle und die Unterlagen demnach nur, ohne anschließende Diskussion, verteilt werden.

Herr Puttkammer sprach sich nochmals dafür aus, dass mehr über die thematische Arbeit des Ausschusses im Amtsblatt berichtet werden sollte. Er verwies dazu auf die Sprechzeiten der ehrenamtlichen Beauftragten und auf die zuvor besprochene Möglichkeit der Zahlung von Essensgeld für Kinder. Bezugnehmend auf die Legionellenfunde im Trinkwasser einiger Dessauer Wohnhäuser, merkte **Herr Puttkammer** an, dass eine diesbezüglich Mitteilung des zuständigen Fachamtes im Amtsblatt erfolgen sollte, um den Bürger hinreichend zu informieren.

Herr Busch bat **Frau Paesold** um eine genauere Erläuterung zu den zuvor von ihr verteilten Unterlagen zur Biogasanlage. Ihm sei nicht klar, ob es sich bei der Vorlage um eine Meinungsäußerung von **Herrn Dreibrodt** oder eine Vorlage der der SPD-Fraktion handele. **Frau Paesold** erläuterte, dass **Herr Dreibrodt** sie lediglich, in ihrer Funktion als Amtsleiterin des Amtes für Soziales und Integration, um Ausreichung der Unterlagen gebeten habe. Sie habe nicht stellvertretend für **Herrn Dreibrodt**, sondern lediglich in seinem Auftrag gehandelt. **Herr Gebhardt**, der stellvertretend für **Herrn Dreibrodt** an der Sitzung teilnahm, äußerte, dass es sich nicht um eine Vorlage der SPD-Fraktion handele. Ihm war die Vorlage vorher auch nicht bekannt. Er betrachte die Vorlage als Informationsmaterial. **Frau Andrich** merkte an, dass das Thema bereits in einer vergangenen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales besprochen wurde. Sie sehe die Vorlage als eventuelle Argumentationshilfe. **Herr Puttkammer** erklärte, dass jeder für sich entscheiden solle, wie er mit der Vorlage umgeht.

Anschließend sprach **Herr Puttkammer** dem Seniorenbeirat der Stadt Dessau-Roßlau und **Herrn Scholz**, dem ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten der Stadt, seine Glückwünsche bezüglich der gelungenen Seniorenwoche aus.

6 Beschluss- und Informationsvorlagen

6.1 Geschäftsbericht 2012 des Amtes für Soziales und Integration Vorlage: IV/034/2013/IV-50

Frau Paesold erläuterte hierzu einleitend, dass es das zweite Jahr sei, in dem der Geschäftsbericht des Amtes in dieser Form erstellt werde. Es seien nicht alle Zahlen zu den Ausgaben im Bericht zu finden, insbesondere nicht die Zahlen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege. Der Grund dafür sei, dass die Mittel hierfür ausschließlich vom Land Sachsen-Anhalt bereitgestellt werden und sich die Zahlen dadurch noch nicht real darstellen lassen. Sie gab weiterhin an, dass die Zahlen und Informationen über die Träger und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen eine Grundlage für die Erstellung einer diesbezüglichen Broschüre bilden. Des Wei-

teren werden noch die Ergebnisse aus der Zielvereinbarung zwischen dem Land und der Stadt Dessau-Roßlau abgewartet. Ziel dieser Vereinbarung ist die Entwicklung der ambulanten vor der stationären Hilfe bei Personen mit einem Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe im Milieu Wohnen. Hierzu wurde seitens der Verwaltung nach Entwicklungsmöglichkeiten gesucht, welche zukünftig in Form von Projekten vorgestellt werden. Darüber hinaus erklärte **Frau Paesold**, dass die Strukturveränderung innerhalb des Amtes für Soziales und Integration und die damit verbundenen Einführung von Fallmanagern und Leistungssachbearbeitern erfolgreich verlaufen sei. Dies wurde durch die Einrichtungen bestätigt, die mit den Fallmanagern zusammenarbeiten. Durch diese Neuerung seien qualifiziertere Gesamtplangespräche und Hilfebedarfsbestimmungen zustande gekommen. Bezüglich der Hilfen für Pflegebedürftige erklärte **Frau Paesold**, dass das Beteiligungsverfahren für die hiermit verbundene Pflegestrukturplanung abgeschlossen sei und die Ergebnisse im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 12. November 2013 vorgestellt werden, mit dem Ziel diese in der Stadtratssitzung im Dezember 2013 beschließen zu lassen. In Dessau-Roßlau seien 3 Prozent der Gesamtbevölkerung als Pflegebedürftig definiert. Darüber hinaus wurde die Arbeit des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau in den Geschäftsbericht aufgenommen. Grund dafür ist die enge Zusammenarbeit des Beirates und des Amtes für Soziales und Integration, z.B. im Rückblick auf die vergangene Seniorenwoche. Des Weiteren wurde auf die Einnahmen und Ausgaben des Amtes verwiesen, welche aus vorher genannten Gründen im Bereich der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege nicht vollständig seien. **Frau Paesold** erklärte diesbezüglich, dass im Jahr 2014 im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine hundertprozentige Bundesfinanzierung stattfinden wird. Somit werden auch diese Zahlen im Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau nicht mehr relevant sein. **Frau Paesold** verwies des Weiteren auf eine erhöhte Anzahl von Antragsstellungen in diesem Bereich. Diese resultieren u.a. aus unterbrochenen Erwerbsbiografien, zum Beispiel bei einem vorzeitigen Bezug von Altersrente oder durch Bezug von befristeten Erwerbsunfähigkeitsrenten.

Herr Gebhardt merkte an, dass aus dem Geschäftsbericht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden müssen. Die zurückgehenden Zahlen im Bereich der existenzsichernden Leistungen seien vor allem dem demographischen Wandel und den atypischen Beschäftigungsverhältnissen geschuldet. Die Kommune sollte hier den Veränderungen gewachsen sein und dem Trend gegensteuern können.

Herr Busch stellte fest, dass auf kommunale Ebene nur wenige Möglichkeiten bestehen dem negativen Trend entgegenzuwirken.

Herr Puttkammer merkte an, dass er über die hohe Zahl der Schuldner in der Stadt Dessau-Roßlau verwundert sei und schlug vor, dies in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu thematisieren. **Frau Paesold** gab an, hierfür die Sitzung im Dezember zu nutzen.

Des Weiteren hinterfragte **Herr Puttkammer** die Ursachen für die rückgängigen Zahlen im Bereich der Sozialpässe. **Frau Paesold** antwortete hierauf, dass der Sozialpass und das 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket im Bereich der Leistungen für Kinder ähnliche bis gleiche Leistungen haben. Der Sozialpass werde weiterhin von älteren Menschen, Familien ohne Kinder bzw. alleinstehenden Personen ge-

nutzt. Weiterhin nutzen die Eltern deren Kinder Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes beziehen den Sozialpass.

Bezogen auf die Träger und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen merkte **Frau Heinrich** an, dass es eine Problematik sei, dass einerseits ein Mehrbedarf nach einem Ausbau der stationären Angebote gebe aber gleichzeitig das Land Sachsen-Anhalt den Abbau der stationären Pflege wünscht. Ein weiteres Problem sieht sie darin, dass es laut Geschäftsbericht häufig Probleme beim Wechsel von der stationären Eingliederungshilfe in die stationäre Pflege gibt. Dies sei allerdings nicht auf kommunaler Ebene, sondern nur auf Landesebene zu lösen. **Herr Puttkammer** macht den Vorschlag, **Herrn Dr. Raschpichler** zu beauftragen, diese Problemstellungen an die entsprechenden Gremien des Landes weiterzutragen.

Frau Andrich stellte die Frage, ob durch die Umstellung zum Fallmanagement eine Verkürzung der Wartezeiten im Bereich der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege eingetreten sei. **Frau Paesold** gab an, dass die Bearbeitungszeiten nach Vorgabe durch den Gesetzgeber eingehalten werden. Allerdings sei im Jahr 2012 im Bereich Hilfe zur Pflege durch einen vermehrten Krankenstand ein Arbeitsrückstand entstanden, der momentan aufgearbeitet wird. Sie fügte hinzu, dass es im Jahr 2012 allgemein eine hohe Anzahl von längerfristigen Erkrankungen im Amt für Soziales und Integration gab, dennoch konnte in vielen Bereichen des Amtes, u.a. der Wohngeldstelle, die Bearbeitungszeit verkürzt werden. Lediglich für die Bearbeitung von Mischfällen im Rechtskreis SGB II und Wohngeldgesetz kommt es bei Erstattungsansprüchen weiterhin zu Verzögerungen.

Frau Andrich merkt des Weiteren an, dass trotz der deutlich gestiegenen Werte für angemessene Heizkosten im Jahr 2012 weiterhin Heizkostenmehrbedarfe vorkommen. Sie stellte die Frage, ob sich die Gründe dafür anhand von Einzelfällen erkennen lassen. **Frau Paesold** erläuterte hierzu, dass die Ursachen hierfür vielfältig sind. Eine Ursache sei, dass die DVV die monatlichen Abschläge bei Heizkostennachzahlungen erhöht, um die Nachforderungen bis zum Jahresende beitreiben zu können. Es können in diesen Fällen nicht die gesamten monatlichen Heizkosten übernommen werden, da sich die Stadt Dessau-Roßlau nach dem gültigen bundesweiten Heizspiegel des Deutschen Mieterbundes richtet. Nach einer Lösung für diese Einzelfälle wird momentan gemeinsam mit der DVV und dem Jobcenter gesucht.

Bezüglich der gestiegenen Zahl von Empfängern eines Persönlichen Budgets innerhalb der Eingliederungshilfe erfragte **Frau Andrich**, ob die Beantragung mittlerweile ohne größere Auseinandersetzungen mit der Sozialagentur ablaufe. **Frau Paesold** gab an, dass es hier eine positive Entwicklung gebe, die dem Fallmanagement innerhalb des Amtes geschuldet sei. Sie unterbreitete den Vorschlag dies als Information in einen der nächsten Ausschüsse einzubringen. Problem sei allerdings, dass in der Stadt Dessau-Roßlau nicht alle Leistungen angeboten werden können und dadurch weiterhin niedrigschwellige Angebote entwickelt werden müssen, welche dann auch tatsächlich eingekauft werden können. **Frau Andrich** sprach sich für eine Thematisierung des Persönlichen Budgets in einem der nächsten Ausschüsse für Gesundheit und Soziales aus.

Frau Andrich stellte außerdem fest, dass im Geschäftsbericht einerseits von einer Steigerung der Qualifikationen in der Pflege die Rede ist aber andererseits die Zahl

der Beschäftigten von niedrigqualifizierten Personal steigt. Diesbezüglich merkte sie auch an, dass die Zahl des Verwaltungspersonals in der Pflege ansteigt während die Beschäftigtenzahl in der Grundpflege sinkt. **Frau Paesold** verwies hierzu auf die Pflegestrukturplanung, die im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 12. November 2013 vorgestellt wird.

Frau Andrich stellte des Weiteren den Antrag, die DWG zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einzuladen. Grund dafür ist eine Umfrage der DWG, die sich auf die Wünsche von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern der Stadt bezüglich der Gestaltung des Wohnraumes bezieht. **Herr Busch** merkte hierzu an, dass zu diesem Thema nicht nur die DWG eingeladen werden sollte, sondern auch andere große Vermieter der Stadt Dessau-Roßlau. **Herr Puttkammer** machte den Vorschlag, zu einer der Sitzungen im Jahr 2014 alle großen Wohnungsgesellschaften der Stadt Dessau-Roßlau einzuladen und gab diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6/0/0

7 Berichte/Vorstellung von Trägern

7.1 Bericht zur Vorlage DR/IV/069/2012/IV "Arbeitsbündnis Jugend und Beruf, Sozialleistungssträger kooperieren

Herr Puttkammer erteilte zu diesem Punkt **Frau Schlenz**, Teamleiterin des Bereiches Markt und Integration des Jobcenters Dessau-Roßlau, das Wort. Sie erklärte, dass kein direkter Bericht erfolgen werde, vielmehr eine Vorstellung, was mit dem Bündnis in der Region bewirkt werden soll. Sie erklärte einleitend, dass es sich bei dem Bündnis um eine Bundesinitiative handle, die bereits seit mehreren Jahren an verschiedenen Standorten in Deutschland gibt. Dabei handle es sich um eine Kooperation der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und den Trägern der Jugendhilfe. Ziel dieses Arbeitsbündnisses sei es, alle Möglichkeiten dieser drei Träger zusammenzuführen, um junge Menschen gezielter durch Vermittlung und Hilfsangebote auf dem Arbeitsmarkt zu versorgen.

Sie führte anschließend anhand einer Präsentation ihre Ausführungen fort (siehe Anlage 1 zum Protokoll).

Zusätzlich gab sie an, dass das ein erstes Treffen der Arbeitsgruppe, bestehend aus ihr, **Frau Richter** (Bundesagentur für Arbeit) und **Herrn Kauß** (Stadt Dessau-Roßlau), im November 2012 stattfand. Die Kooperationsvereinbarung zwischen den

drei Trägern wurde im Mai 2013 unterschrieben. Aktuell befindet sich das Arbeitsbündnis in der Handlungsfeldern „Transparenz“ und „Informationsaustausch“, woraus im Jahr 2014 „harmonisierte Abläufe und Maßnahmen“ resultieren sollen.

Frau Stöbe erfragte anschließend, welche Rolle zum jetzigen Zeitpunkt Netzwerkpartner wie z.B. Lernen vor Ort spielen. Des Weiteren erfragte Sie, in wie weit Institutionen und Unternehmen vernetzt seien, welche die Jugendlichen betreuen und ausbilden. **Frau Schlenz** gab an, dass sie darauf momentan noch keine konkreten Antworten geben könne. Momentan werden die Netzwerkpartner der drei Einrichtungen gesammelt. **Frau Stöber** erfragte anschließend, ob die Erfahrungen bereits bestehender Systeme, z.B. der Berufseinstiegsbegleiter, mit in die Arbeit einbezogen werden. **Frau Schlenz** gab an, dass genau diese Systeme durch das Arbeitsbündnis gebündelt werden sollen. Erstes Ziel sei es, eine Plattform zu schaffen, auf der sich alle Akteure des Arbeitsbündnisses jederzeit über Ansprechpartner, Maßnahmen, Träger und Koordinatoren informieren können.

Herr Gebhardt erfragte anschließend, in welche Gremien die Ergebnisse des Arbeitsbündnisses getragen werden sollen. **Frau Schlenz** erläuterte, dass auch zukünftig im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie in der Trägerversammlung des Jobcenters informiert werde.

Herr Busch regte eine statistische Erhebung an, um eine Qualitätssteigerung die durch die Arbeit des Bündnisses entsteht erkennbar zu machen. **Herr Kauß** erwiderte, dass momentan das Ziel darin liege einen Informationsaustausch im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu gewährleisten. **Herr Busch** merkte hierzu an, dass durch die Gewährleistung von Hilfen für den besagten Personenkreis aus einer Hand diese Arbeitswege ersparen würden. **Herr Kauß** sagte, dass die Gewährung von Leistungen aus einer Hand das Ziel ist, der erste Schritt hierfür allerdings der Informationsaustausch der einzelnen Träger sei. **Frau Schlenz** gab zusätzlich an, dass das Arbeitsbündnis keinen der Träger ersetzen werde, sondern nur die Angebote bündelt. Eine statistische Erhebung sei aus ihrer Sicht nicht möglich.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 18:00 Uhr von **Herrn Puttkammer** geschlossen.

Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer